

Protokoll:

Rm Baum (FBG) sagt, am 22.05.2015 sei im Stadtrat die Straßenplanung beschlossen worden. Hierin sei vorgesehen gewesen, dass das vorhandene Rad- und Wirtschaftswegenetz angeglichen werden soll. Die endgültige Planung habe er erst im Juli 2015 zu sehen bekommen. Auch unter Bezug auf Verkehrsentwicklungskonzept halte er diese nicht für zufriedenstellend. Der motorisierte Verkehr sei bevorzugt und solle stattdessen gleichberechtigt sein.

Beigeordneter Prümm äußert, alle möglichen Radwegemöglichkeiten wären geprüft worden. Hierbei hätten jedoch Sicherheitsaspekte und der enge Kostenrahmen berücksichtigt werden müssen. Die nicht mehr nutzbaren Wege entlang des Anwendungspfad scheiden aus Verkehrssicherheitsgründen aus. Die rechtsverbindliche Planfeststellung sehe nun keine Fuß- und Radwegequerung der L52 im Bereich Bubenheim vor. Aus Kostengründen sei auch auf ein Überführungsbauwerk verzichtet worden. Eine Querung im Bereich des neuen Knotenpunktes K 12 an der Römervilla scheide aus Leistungsfähigkeitsgründen ebenfalls aus. Der Radverkehr solle daher über vorhandene Wege zwischen den Straßen „An der Römervilla“ und „Mailust“ geführt werden. Wegen der hohen Verkehrsfrequenz seien weitere Querungshilfen nicht vorgesehen. Die Stadtverwaltung empfehle, an der bisherigen Planung festzuhalten und diese zeitlich nicht zu verzögern. Über die Planungen zum Radwegenetz würde im Fachbereichsausschuss 4 näheres erläutert (ST/0050/2015).

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Nauimann weist auf den Änderungsantrag, eine separate Prüfung vorzunehmen, hin. Das Projekt soll weitergeführt, und nicht verzögert werden. Diese Thematik sei auch im Fachbereichsausschuss 4 nie richtig diskutiert worden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig empfiehlt, die Maßnahme so weiterlaufen zu lassen, wie bisher geplant und gleichzeitig das Thema Rad- und Gehwege im Fachbereichsausschuss 4 weiter zu behandeln. Um die Realisierung der Nordtangente nicht zu behindern, sei es wichtig, die Thematik separat zu behandeln.

Rm Baum (FBG) wolle das Projekt mit dem vorgelegten Antrag nicht stoppen, sehe aber aktuell noch die Möglichkeit etwas zu ändern.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass Änderungen zu Verzögerungen führen könnten und damit das gesamte Projekt gefährden würden.

Rm Mehlbreuer (Bündnis 90/Die Grünen) sagt, sie könne nicht verstehen, warum das Geh- und Radwegeproblem bei der Planung nicht besser vorbereitet worden wäre. Es ginge hierbei auch um die Sicherheit der Fahrradfahrer.

Beigeordneter Prümm erläutert, der Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz habe die Maßnahme so gerechnet, wie nun vorliegend. Änderungen, die nachträglich vorgenommen würden, führten zu einer erneuten Prüfung, die Zeit in Anspruch nehme. Er empfehle, die Sache separat zu betrachten und einen Radweg später zu prüfen. Auch der Landesbetrieb Mobilität (LBM) sei zu kontaktieren weil dieser die Planungen vornähme.

FDP-Vertreter Mertin sagt, es müsse dennoch für die Sicherheit der Radfahrer und Fußgänger gesorgt werden.

BIZ-Fraktionsvorsitzende Keul-Göbel teile zwar die Meinung des Oberbürgermeisters und des Herrn Beigeordneten Prümm, bedauere aber dennoch, dass immer wieder Straßen geplant würden, ohne den Fuß- und Radwegeverkehr ausreichend zu berücksichtigen. Hier müsse ein

Umdenken bei allen Verantwortlichen, also auch bei dem LBM, stattfinden. Sie bitte darum, den LBM hierauf hinzuweisen.